

Modulprüfung

Wirtschaftsrecht 1 (WPR 1)

Bachelor Business Administration (BBA VZ/TZ)

Hochschule Düsseldorf (HSD) - Fachbereich Wirtschaftswissenschaften (FB7)

Semester: Wintersemester 2021/2022

Prüfer: Prof. Dr. Peter C. Fischer

Datum: 7. Februar 2022

Zeitdauer: 90 Minuten

Zugelassene Hilfsmittel: Gesetzessammlung „Wichtige Wirtschaftsgesetze für Bachelor“, Band 1, nwb Textausgabe, Hrsg. Berens/Engel, oder andere Gesetzessammlungen zum Zivilrecht/Wirtschaftsrecht, jeweils einschließlich umfangreicher Markierungen, Querverweise (auch in Form von beschrifteten Post-its) und auch kurzer sprachlicher Ergänzungen der Paragraphen (*nicht* zugelassen ist insbesondere das Beschreiben leerer Seiten in der Gesetzessammlung und die Wiedergabe kompletter Falllösungen oder Slides); der Gesetzestext von § 15a InsO darf ganz oder teilweise in die Gesetzessammlung (auch auf eine leere Seite) geschrieben werden (der erste Absatz sollte dabei genügen); bei Bedarf kann ein allgemeines Wörterbuch Deutsch/Muttersprache-Muttersprache/Deutsch verwendet werden (aber kein Fachwörterbuch). Nicht zugelassen sind in der Klausur insbesondere jede Art von Mobiltelefon, smart watch und andere digitale Hilfsmittel: Bereits die Möglichkeit des Zugriffs auf derartige Geräte während der Klausur stellt einen Täuschungsversuch dar!

Inhalt: Zitieren Sie jeweils die einschlägigen Paragraphen, begründen Sie Ihre Ergebnisse und vermeiden Sie Ausführungen zu nicht relevanten Problemen! Es ist auf alle aufgeworfenen Probleme (ggf. hilfsweise) einzugehen. Auf steuerliche Fragen ist *nicht* einzugehen.

Darstellung: Bitte schreiben Sie leserlich und verwenden Sie Absätze. Soweit nötig, können Sie auch die Rückseiten beschreiben. Bitte verwenden Sie *keinen* Stift in roter Farbe.

Schmierzettel: Am Ende der Klausur finden Sie eine leere Seite, die als Schmierzettel verwendet werden kann. Verwenden Sie keine eigenen Schmierzettel!

Sämtliche Hygiene-/Schutzmaßnahmen der HSD sowie alle gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz vor der Pandemie sind zwingend einzuhalten.

Nur so schützen Sie sich und andere.

Vielen Dank & eine erfolgreiche Klausur!

Teil I: Gutachten (30 Punkte)

Bitte hier vorsorglich noch einmal Ihren Namen in Druckbuchstaben eintragen:

Sachverhalt: Der 16jährige K erhält 150,- Euro Taschengeld pro Monat. Davon hat er mittlerweile über 600,- Euro auf seinem Bankkonto gespart. Vor diesem Hintergrund geht er zu dem Einzelhändler V, um dort einen Fahrradhelm für 49,- Euro zu erwerben, den er im Schaufenster des V gesehen hat. K vereinbart mit dem Verkäufer des V, dass er den Helm nun kauft und das Geld später überweisen wird. Daraufhin übergibt der Verkäufer dem K den Helm. Die Eltern des K sagen dem K, dass sie das Geschäft ablehnen, da Fahrradhelme genauso sinnlos seien wie Impfungen.

Frage 1: Hat V einen Anspruch gegen K auf Bezahlung des Fahrradhelms?

Frage 2: Angenommen V hätte keinen Anspruch auf Bezahlung des Fahrradhelms, hätte V dann gegen K zumindest einen Anspruch auf Rückgabe des Helms?

Frage 3: Angenommen V hätte die Eltern des K aufgefordert, das Geschäft zu genehmigen, die Eltern des K hätten aber getreu der Regel „Schweigen ist keine Willenserklärung“ drei Wochen lang nicht auf diese Aufforderung reagiert. Würde sich die Rechtslage hierdurch ändern?

Teil II: Stellungnahme (30 Punkte)

Sachverhalt: Der japanische IT-Konzern Matsui plant die Expansion nach Europa und überlegt die Errichtung einer Geschäftseinheit in Düsseldorf. In Düsseldorf sollen zunächst etwa zehn Mitarbeiter/innen einen Vertrieb für den gesamten Europäischen Wirtschaftsraum organisieren. Die japanischen Manager, die noch nie in Deutschland waren und über keinerlei Kenntnisse des deutschen Rechts verfügen, stellen der BBA-Studentin Justitia, die gerade ein Online-Praktikum bei dem Matsui-Konzern absolviert, folgende Fragen:

- In welcher Rechtsform könnte die geplante Geschäftstätigkeit erfolgen? Was spricht für und was gegen bestimmte Rechtsformen?

- Soweit der Matsui-Konzern sich für die Gründung einer GmbH entscheidet, wollen die Manager in Japan Folgendes wissen:
 - Wie wird in Deutschland eine GmbH gegründet? Gibt es eine (sinnvolle) Alternative zur Neugründung?

 - Der Matsui-Konzern beabsichtigt neben einem Japaner auch einen Deutschen als Geschäftsführer zu beschäftigen. Der Deutsche, der für die Geschäftsführertätigkeit vorgesehen ist, wurde vor drei Jahren rechtskräftig von einem deutschen Gericht wegen Steuerhinterziehung (§ 370 AO) zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Wäre dies aus gesellschaftsrechtlicher Sicht ein Hinderungsgrund für die Bestellung zum Geschäftsführer?

 - Gibt es Beschränkungen bei der Auszahlung von Geldern einer GmbH an ihre alleinige Gesellschafterin?

Aufgabe: Verfassen Sie die Stellungnahme der Studentin Justitia (in deutscher Sprache)! Bei der Frage nach den Rechtsformen müssen keine Paragraphen zitiert werden.

Teil III: 10 Fragen (insg. 30 Punkte)

Teil III: Frage 1 (3 Punkte)

Fragen: Erläutern Sie das Abstraktionsprinzip! Steht das Abstraktionsprinzip im BGB?

Teil III: Frage 2 (3 Punkte)

Fragen: Was bedeutet Vertragsfreiheit? Woraus wird die Vertragsfreiheit hergeleitet?

Teil III: Frage 4 (3 Punkte)

Fragen: Worum handelt es sich beim Deutschen Corporate Governance Kodex?

Teil III: Frage 5 (3 Punkte)

Frage: Bedürfen die folgenden Rechtsgeschäfte der notariellen Beurkundung oder können diese Rechtsgeschäfte auch mündlich vorgenommen werden? Begründen Sie Ihre Ergebnisse.

a) Erteilung einer unwiderruflichen Vollmacht zum Kauf eines Grundstücks?

b) Erteilung einer Genehmigung eines durch einen Vertreter ohne Vertretungsmacht abgeschlossen Grundstückkaufvertrags?

c) Anfechtung eines Grundstückkaufvertrags?

Teil III: Frage 6 (3 Punkte)

Frage: Was wird unter einer „Change of Control-Klausel“ verstanden?

Teil III: Frage 7 (3 Punkte)

Frage: Der Anbieter von Vorratsgesellschaften fragt sich, ob eine von ihm gegründete „Vorrats-GmbH“, die keinerlei Aktivitäten entfaltet und deren Geschäftsgegenstand in dem bloßen Halten und Verwalten des eigenen Vermögens (des Stammkapitals) besteht, ein Kaufmann i.S.d. HGB ist? Begründen Sie Ihr Ergebnis.

Teil III: Frage 8 (3 Punkte)

Fragen: Was bedeutet unternehmerische Mitbestimmung? Bei welchen Gesellschaften kommt die unternehmerische Mitbestimmung unter welcher Voraussetzung grundsätzlich zur Anwendung?

Teil III: Frage 9 (3 Punkte)

Frage: Was wird unter einer Due Diligence verstanden? Welche drei Bereiche werden traditionell im Rahmen einer Due Diligence geprüft?

Teil III: Frage 10 (3 Punkte)

Frage: Hat die Eintragung im Handelsregister in den nachfolgenden Fällen deklaratorische oder konstitutive Wirkung?

a) Eintragung einer Aktiengesellschaft: _____.

b) Eintragung einer Verschmelzung gem. UmwG: _____.

c) Bestellung einer Prokuristin: _____.

„Schmierzettel“

(wird *nicht* bewertet, kann ggf. von der Klausur gelöst werden, dadurch darf die übrige Klausur aber nicht beeinträchtigt/aufgelöst werden!)